

15.11.2022

Antrag

der Fraktion der SPD

Eine respektvolle Pflege in NRW – Pflegende Angehörige stärken!

I. Ausgangslage

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, welche wichtige Arbeit die vielen Menschen der Pflege in unserem Land leisten. Die Familie ist dabei der größte Pflegedienst Deutschlands und gleichzeitig der am wenigsten sichtbare. Gerade die häusliche Pflege bedeutet für viele Angehörige eine enorme Belastung, gerade dann, wenn die Pflege über einen langen Zeitraum erfolgt. Diese kann sich neben der mentalen auch auf die körperliche Gesundheit der pflegenden Angehörigen auswirken. Deshalb müssen für sie Zeiten der Pflege in der Berechnung der Rente berücksichtigt werden. Viele pflegende Angehörige arbeiten aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation dabei in Vollzeit. Die dringend benötigte Reduzierung der Arbeitszeit ist deshalb oft nicht möglich. Um eine finanzielle Entlastung zu schaffen, muss der Beitragszuschlag für Kinderlose gestrichen werden. Damit die Doppelbelastung von Arbeit und Pflege nicht dazu führt, dass pflegende Angehörige ausbrennen und selbst erkranken, müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden, die eine Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf sicherstellen. In einem ersten Schritt muss dafür gesorgt werden, dass pflegende Angehörige einen vollständigen Lohnausgleich bei reduzierter Arbeitszeit erhalten. Die so gewonnene Zeitsouveränität stellt eine reale Entlastung dar. Diese kann durch einen Anspruch auf Arbeit im Home Office für pflegende Angehörige ergänzt werden.

Neben der finanziellen und zeitlichen Entlastung von pflegenden Angehörigen müssen bürokratische Hürden wo immer möglich abgeschafft und niederschwellige Beratungsangebote geschaffen werden, die leicht zu erreichen sind. Vielen pflegenden Angehörigen sind die verschiedenen Unterstützungsmöglichkeiten für sie und ihre Familienmitglieder nicht bekannt. Besonders im akut einsetzenden Pflegefall sind deshalb Unterstützungs- und Beratungsangebote enorm wichtig. Das gilt insbesondere auch für die „Young Carer“, für Kinder und Jugendliche, die ihre Eltern pflegen sowie für Eltern, die ihre kranken Kinder pflegen. Bereits bestehende Beratungsstellen müssen zu Pflegekompetenzzentren ausgebaut werden, in denen Angehörige und Pflegebedürftige umfassend und ganzheitlich beraten werden. Informationen über medizinische Leistungen, finanzielle Unterstützung und Pflegeangebote sollen dort gebündelt zur Verfügung stehen, um durch bestmögliche Beratung stationäre Aufenthalte zu verhindern. Dort wo es noch keine Beratungsstellen gibt, müssen neue Pflegekompetenzzentren errichtet werden. So kann eine flächendeckende und in erster Linie wohnortnahe Beratungsinfrastruktur hergestellt werden.

Jede Pflegesituation ist individuell, deshalb müssen auch Unterstützungskonzepte individuell ausgearbeitet und an die jeweiligen Umstände angepasst werden. Speziell ausgebildete

Lotsen können als feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Betroffene und Angehörige fungieren und ihnen bei der Entwicklung von persönlichen Unterstützungsangeboten zur Seite stehen. Durch eine fachübergreifende Beratung, die die Bedarfe der Pflegebedürftigen kennt, wird der Planungsaufwand für pflegende Angehörige minimiert. Das bereits evaluierte rheinland-pfälzische GemeindegeschwesterPlus-Modell hat gezeigt, dass aufsuchende Pflegeexpertinnen und -experten individuelle Konzepte zu Themen wie gesundheitliche Versorgung, Wohnsituation, Einschätzung der Mobilität, Unterstützung zur Aufrechterhaltung von Kontakten, hauswirtschaftliche Unterstützungsbedarfe, sowie die Vermittlung von Teilhabeangeboten entwickeln und umsetzbar machen. Durch individuelle Konzepte und Beratung im eigenen Zuhause soll Pflegebedürftigen ermöglicht werden, lange und selbstbestimmt im eigenen Zuhause leben zu können. Durch verlässliche Strukturen und feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner werden pflegende Angehörige entlastet. Vor diesem Hintergrund hat das Land Rheinland-Pfalz im Jahr 2015 mit dem Programm GemeindegeschwesterPlus Modellprojekte in sieben Landkreisen erprobt. Speziell geschulte Pflegekräfte haben dort im Zeitraum von 2015 bis 2018 in rund 7.000 präventiven Hausbesuchen mehr als 3.000 hochbetagte Menschen zu ihrer Gesundheits-, Pflege- und Lebenssituation beraten und unterstützt.¹ Wissenschaftlich begleitet wurde das Projekt durch das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung (DIP), das die Kommunen und das Land beraten und Pflegefachkräfte speziell qualifiziert hat. Strukturell sind die Gemeindegeschwesterstellen an die landesweiten Pflegestützpunkte angedockt. Der 2018 veröffentlichte Evaluationsbericht zieht eine durchweg positive Bilanz, so dass das Projekt in Rheinland-Pfalz vom Land und den Krankenkassenverbänden inzwischen fortgesetzt und ausgeweitet wurde.²

Mit einer umfassenden Digitalisierungsstrategie für die Stärkung pflegender Angehöriger können Entlastungsmöglichkeiten verstärkt werden, Assistenzsysteme, Telecare, Robotik und ganz besonders die digitale Dokumentation können hier genannt werden. Ziel ist es, dass Bleiben in Sicherheit zuhause zu ermöglichen. Sicherheit für die zu Betreuenden und die Anwendungssicherheit der Betreuenden haben hierbei höchste Priorität. Die digitale Vernetzung aller am Pflege- und Versorgungsprozess Beteiligten ist dringend voranzutreiben. Barrierefreier Wohnraum durch Umbauten, bez. bei der Schaffung von Wohnraum, muss die Norm sein. Zudem muss die Umrüstung der Wohnungen vorangetrieben werden. So wird es Menschen mit Pflegebedarf ermöglicht, selbstständig, zum Beispiel mit Familie und Freunden, zu kommunizieren. Die Digitalisierung von Pflegezentren, Pflegediensten und Beratungsstellen ermöglicht zudem eine noch breitere Vernetzung und eine einfachere Kommunikation zwischen pflegenden Angehörigen und ihren Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern.

Eine respektvolle Pflege bedeutet auch, dass die pflegenden Angehörigen das Recht auf bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zu mehr Freizeitmöglichkeiten haben. Neben der großen seelischen Belastung und den finanziellen Sorgen muss es freie Zeit zur Entspannung und Zeit für die Familien geben, in der man sich nicht ausschließlich sorgen und kümmern muss. Deshalb braucht es ein Landesprogramm zur Förderung von Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätzen, sowie einen Ausbau von Pflegehotels, damit pflegende Angehörige mit ihren zu pflegenden Familienmitgliedern auch in den Urlaub fahren können. Kurangebote für pflegende Angehörige gemeinsam mit ihren Pflegebedürftigen müssen weiter ausgebaut werden. Ein Modell analog zu Eltern-Kind-Kuren kann eine sinnvolle Ergänzung sein.

Angesichts des demografischen Wandels steht unser Pflege- und Sozialsystem vor großen Herausforderungen. Während die Babyboomer-Generation in den nächsten Jahren ins

¹ https://www.aerzteblatt.de/na_chrichten/104_305/Gemeinde_schwestern-Projekt-in-Rheinland-Pfalz-wird-ausgeweitet [07.11.2022]

² https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/104305/Gemeinde_schwestern-Projekt-in-Rheinland-Pfalz-wird-ausgeweitet [07.11.2022]

Rentenalter eintritt, wird bei einer immer älter werdenden Gesellschaft gleichzeitig die Pflegebedürftigkeit bei vielen Menschen steigen. Deshalb ist es zügig notwendig, dass das Land Nordrhein-Westfalen entschlossen handelt und dem Pflegenotstand zu Gunsten pflegender Angehörige einen umfangreichen Maßnahmenkatalog aufsetzt.

II. Der Landtag stellt fest, dass

- in den kommenden Jahren der Pflegebedarf weiter steigen wird und pflegende Angehörige eine zentrale Rolle für eine gute Pflege und einen würdevollen letzten Lebensabschnitt in Nordrhein-Westfalen einnehmen werden,
- pflegende Angehörige eine respektvolle Aufgabe und einen Dienst an der Gesellschaft leisten,
- ihnen deshalb umfangreiche Entlastungs-, Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen zustehen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. Sich mit einer Bundesratsinitiative für die Stärkung pflegender Angehöriger einzusetzen. Diese soll folgende Maßnahmen beinhalten:
 - Die Zeiten der Pflege in der Berechnung der Rente von pflegenden Angehörigen unabhängig von den bereits erhaltenen Hilfeleistungen zu berücksichtigen,
 - den Beitragszuschlag für Kinderlose pflegende Angehörige zu streichen,
 - einen vollständigen Lohnausgleich bei Reduzierung der Arbeitszeit für pflegende Angehörige zu ermöglichen,
 - einen Anspruch auf Arbeit im Home-Office für pflegende Angehörige in dafür passenden Beschäftigungsverhältnissen zu schaffen,
 - eine zügige Erhöhung des Pflegegeldes auf den Weg zu bringen.
2. Eine flächendeckende Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur für pflegende Angehörige mit den folgenden Maßnahmen zu schaffen:
 - Bürokratische Hürden wo immer möglich abzuschaffen,
 - bereits bestehende Beratungsstellen zu Pflegekompetenzzentren auszuweiten,
 - dort wo es noch keine Beratungsstellen gibt, neue Pflegekompetenzzentren zu errichten,
 - die Kommunen in NRW bei den Herausforderungen im Hinblick auf soziale Teilhabe, Prävention und Vereinsamung von älteren Menschen durch GemeindegewestPlus-Modelle zu entlasten,
 - im Rahmen einer übergeordneten Demografie- sowie Präventionsstrategie GemeindegewestPlus-Modelle in ausgewählten Kommunen und in Zusammenarbeit mit den landesweiten Pflegestützpunkten in jedem der fünf Regierungsbezirke in NRW zu erproben,

- das Reha-Angebot für pflegende Angehörige auszuweiten,
 - dafür zu sorgen, dass pflegende Angehörige stärker in die kommunale Pflegekonferenz integriert werden,
 - ein einschlägig qualifiziertes Institut für angewandte Pflegeforschung damit zu beauftragen, die Gemeindegewerkschaft Plus-Modelle wissenschaftliche zu begleiten und am Ende der Projektdauer zu evaluieren.
3. Entlastungen durch eine Digitalisierungsstrategie zu ermöglichen. Diese soll folgende Punkte umfassen:
- Das Angebot an passenden Anwenderschulungen für digitale Unterstützungsmöglichkeiten mit qualifiziertem Personal flächendeckend aufzubauen,
 - die digitale Umrüstung von Wohnungen, in denen zu pflegende Angehörige leben, umzusetzen,
 - die Digitalisierung von Pflegeheimen, Krankenhäusern, Pflegezentren, Pflegediensten und Beratungsstellen auszubauen.
4. Folgende Möglichkeiten zur flexiblen Freizeitgestaltung der pflegenden Angehörigen und ihrer Familien umzusetzen:
- Ein Landesprogramm zur Förderung von Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätzen, sowie einen Ausbau von Pflegehotels zu etablieren,
 - Kurangebote für pflegende Angehörige auszuweiten.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Lisa-Kristin Kapteinat
Thorsten Klute
Lena Teschlade
Dr. Dennis Maelzer

und Fraktion